

Ist eine Integration möglich?

Die Studie endet nicht mit dem Aufweis der ekklesiologischen Grunddifferenzen. Angefügt sind zum einen ein Abschnitt über die spezifischen *Versuchungen*, die sich aus dem katholischen und aus dem protestantischen Kirchenverständnis ergeben („ekklesiologischer Monophysitismus“ auf der einen „Nestorianismus“ auf der anderen Seite), zum anderen einige Überlegungen zum weiteren ökumenischen Weg: Es komme darauf an, zu versuchen, das, was heute als trennender Unterschied bestehe, zu überwinden. Dazu brauche es die *Integration der unterschiedlichen Sichtweisen* in ein breiteres Verständnis des Geheimnisses. Katholiken und Protestanten müßten sich gegenseitig die

Frage stellen: „Welche ekklesiologischen Konsequenzen zieht ihr aus dem Bekenntnis zur Rechtfertigung durch die Gnade Christi, der der Glaube als Vermittlung dient?“ (Nr. 17.)

Der Text läßt offen, wie die nur sehr knapp angesprochene Vermittlung der beiden Sichtweisen in ein tieferes Verständnis der Kirche und ihrer Stellung im Heilswerk aussehen könnte. Mit Sicherheit gehört dazu eine gehörige Dosis katholischer Relativierung der Kirche als sichtbarem Werkzeug der Heilungsvermittlung wie eine protestantische Aufwertung von Kirche als sakramentaler Institution. Je stärker Theologie und Praxis in dieser Hinsicht konvergieren, desto eher dürften sich auch Perspektiven für eine verbindlichere Kirchengemeinschaft ergeben.

U. R.

Demokratie gepriesen, nach Meinung der Regimegegner Augenwischerei und eine Falle für die demokratische Opposition.

Ein Parteiengesetz mit Reglementierungen

Das Parteiengesetz wurde verabschiedet von der aus den vier Befehlshabern der Teilstreitkräfte bestehenden Militärjunta, dem legislativen Organ des Regimes. Es verbietet die politische Betätigung marxistischer Gruppierungen und reglementiert die politische Arbeit der demnächst zugelassenen Parteien streng. Als Partei anerkannt werden politische Gruppierungen, die jeweils 0,5 Prozent der wahlberechtigten Chilenen in entweder drei zusammenhängenden oder in acht nicht zusammenhängenden Provinzen als Mitglieder nachweisen können. Für die 4-Millionen-Hauptstadt Santiago wären dazu mindestens 13 000 eingeschriebene Mitglieder, im dünn besiedelten Norden und Süden nur etwa 200 Stimmen erforderlich. Jede Partei muß – nach bisherigen Berechnungen mindestens – ungefähr 35 000 Mitglieder haben.

Das neue Gesetz schreibt vor, daß Parteimitglieder offiziell und namentlich gemeldet sein müssen. Die Finanzierung durch Schwesterparteien im Ausland ist verboten – eine Maßnahme, die Christdemokraten und Sozialisten besonders hart treffen dürfte – und auch wohl sollte. Außerdem sieht das Gesetz ein „Parteientribunal“ vor, auf dessen Zusammensetzung die Regierung Einfluß nehmen kann. Dieses Tribunal kann politische Parteien und Gruppen, die Gewalt anwenden, den Klassenkampf propagieren oder „totalitäre Ideen“ vertreten, verbieten. Weiter geht aus den 59 Artikeln hervor, daß die Parteien nach der Bildung eines Parlaments möglichst keinen Einfluß auf die Fraktionen nehmen sollen. Nicht erlaubt sein wird auch die Zusammenarbeit der Parteien mit Gewerkschaften und anderen sozialen Institutionen. Es ist also sehr zu bezweifeln, daß das Parteiengesetz Regime und Opposition politisch einander näherbringt.

Chile: Das Regime ist sich seiner Sache sicher

Wenn Papst Johannes Paul II. am 1. April chilenischen Boden betritt, beginnt für das Regime von Präsident *Augusto Pinochet*, neben Paraguay die einzige übriggebliebene Militärdiktatur Südamerikas, eine weitere Bewährungsprobe. Bereits im vergangenen Herbst hatte der General der erstaunten Öffentlichkeit mitgeteilt, er wünsche keine politische Vereinahmung des Papstbesuchs. Kardinal *Raúl Silva Henríquez*, Alterzbischof von Santiago, flankierte diese Feststellung mit dem Hinweis, der Besuch des Papstes gelte dem Volk und nicht dem Regime. Sein Amtsbruder *José Manuel Santos*, Erzbischof von Concepción und über viele Jahre Vorsitzender der Bischofskonferenz, empfahl zwar Vorsicht bei der Abfassung der Reden und sogar der liturgischen Texte, um „Mißbrauch“ durch Regierung und Opposition zu vermeiden, brachte aber (bei seinem Deutschland-Besuch im Dezember) die Lage in seinem Land auf die Formel: „Das Militär in Chile hat dem Volk den Krieg erklärt.“ Er halte einen friedli-

chen Machtwechsel nach philippinischem Vorbild für nicht wahrscheinlich. Die Machthaber in Santiago würden nicht zögern, Panzer gegen das eigene Volk auffahren zu lassen. Mit offenkundiger Rücksicht auf den bevorstehenden Papstbesuch hat Präsident Pinochet seinem repressiven Regime aber nun doch einige lichte Akzente aufsetzen wollen. Am 7. Januar, auf den Tag vier Monate nach dem gescheiterten Attentat auf Pinochet, wurde der Belagerungszustand auch in den vier unruhigsten Provinzen aufgehoben. (Der nationale Notstand und das Dekret über „Maßnahmen gegen die Gefährdung des Friedens“ bleiben in Kraft.) Dreizehn Jahre nach dem Militärputsch gegen Allende sollen zudem „die meisten“ der aus politischen Gründen Exilierten zurückkehren dürfen (ausgenommen jene, „die eine Bedrohung der nationalen Einheit darstellen“). Am 11. März soll schließlich das zögerlich vorbereitete Parteiengesetz in Kraft treten – von der Junta als konsequenter Schritt auf dem Weg zur

Wo steht das Militär?

Von einer Annäherung zwischen dem oppositionellen demokratischen Bündnis und einzelnen oder gar Teilen der Streitkräfte ist seit einigen Monaten in der chilenischen wie in der ausländischen Presse die Rede. Zweifellos waren die zunächst geheimgehaltenen Gespräche oppositioneller Politiker mit den Generälen *Matthei* (Luftwaffe), *Stange* (Carabineros) und Admiral *Merino* ein nicht zu unterschätzender Fortschritt in dem ansonsten frostigen Verhältnis. Es ist jedoch schwer abzuschätzen, ob das vorsichtige Abrücken der drei Generäle von Pinochet mehr ist als die Unzufriedenheit über die Bevorzugung des Heeres und den Machthunger des Präsidenten, der in letzter Zeit mehrfach seine „Bereitschaft“ erklärt hat, seine Amtszeit bis 1997 zu verlängern. Dieser Fall träte ein, wenn es der Opposition bis 1989, dem Ende der jetzigen Amtsperiode, nicht gelingt, eine Verfassungsänderung und damit freie Wahlen durchzusetzen und die Wahl der Junta, die nach den Bestimmungen der jetzt gültigen Verfassung einen Kandidaten benennen muß, auf Pinochet fielen.

In der Diskussion um eine mögliche Annäherung zwischen der Opposition und den Streitkräften meldete sich der pensionierte General *Guillermo Pickering* mit einem Artikel in der Jesuitenzeitschrift „Mensaje“ zu Wort. Der sachliche Beitrag über das Selbstverständnis des chilenischen Militärs ist eine – wenn auch unausgesprochene – Warnung vor überzogenen Hoffnungen auf einen möglichen Frontwechsel der Streitkräfte. Die langjährige ideologische Schulung in den Militärakademien, so *Pickering*, vermittele den Offizieren einige unumstößliche Prinzipien: „Naturgesetze“ (wie der Kampf ums Überleben, das Überleben des Stärkeren, die Notwendigkeit, sich zu verteidigen) und „Gesetze des Krieges“ (die Offensive ist der Defensive immer vorzuziehen; das „Kriegsziel“ ist um jeden Preis zu erreichen und mit allen Mitteln zu halten). Am Schluß des Beitrags stellt der General die Frage: „Wie werden

sich also die Streitkräfte in der gegenwärtigen Phase innenpolitischer Unruhen, die sie als inneren Kriegszustand verstehen, in dem die ganze Kampfstheorie zur Anwendung kommt, der zivilen Bevölkerung oder, konkreter gesprochen, der Opposition gegenüber verhalten?“ (Mensaje, Dezember 1986, 516.)

Menschenrechte weiter außer Kraft

In der letzten Zeit ist häufiger das Argument zu hören, das chilenische Militär, das früher in hohem Ansehen stand, wolle der Diktatur Pinochets, für die sie seit 13 Jahren die schmutzige Arbeit tue, nicht länger dienen. Solchen Aufweichungstendenzen versucht Pinochet jedoch seit Jahren durch konsequente Bevorzugung mit „Posten und Pesos“ zuvorzukommen. Daß diese Methode Erfolg hat, ist u. a. an der nicht nachlassenden Zahl von Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Armee abzulesen.

Im Oktober 1986, dem ersten Monat des Belagerungszustandes, wurden nach Angaben der chilenischen Menschenrechtskommission sechs Oppositionelle ermordet, 51 Menschen gefoltert, 185 bedroht, 13 entführt, 369 festgenommen; fünfzehnmal besetzte das Militär ganze Stadtviertel. Vier der Beteiligten am Attentat auf Pinochet (vgl. HK, Oktober 1986, 461–463) Verdächtige wurden im November verhaftet, an geheimem Ort festgehalten und konnten erst nach 25 Tagen einen Anwalt sprechen. Der für das Solidaritätsvikariat tätige Arzt *Ramiro Olivares* wurde zu Jahresbeginn erneut festgenommen, diesmal wegen Verstoßes gegen das Terrorismusgesetz. Armeeleutnant *Pedro Fernandez* hingegen, der einzige unter Anklage gestellte Beteiligte an dem Überfall auf zwei junge Leute auf offener Straße in Santiago im Juli letzten Jahres, die zusammengeschlagen, mit Benzin übergossen und angezündet worden waren, was einem von beiden das Leben kostete, ist inzwischen gegen eine geringe Kautionsfreigelassen worden. Er war ohnehin nur we-

gen unterlassener Hilfeleistung angeklagt.

Die chilenischen Bischöfe klagen über die zahlreichen Fälle von Folterungen (Erzbischof Santos: „Wenn die Kirche nicht spräche, würde die Folter jeweils nicht fünf, sondern fünfzig Opfer fordern“). Mit Besorgnis registrieren sie zudem den konstanten Versuch des Regimes, die Menschenrechtsarbeit der Kirche propagandistisch in die Nähe des Terrorismus zu rücken. Gleichzeitig können sich die scheinbar unpolitischen fundamentalistischen Sekten in großer Zahl ungehindert auch in Chile ausbreiten. So warnte kürzlich der amerikanische Sektenprediger *Jimmy Swaggart* bei einer Großkundgebung in Santiago vor der Politik des Vatikans, die dem Teufel die Tore öffne, und warb für die „Wohlstand und Prosperität“ bringende Politik Pinochets.

Auf die langfristig verheerenden sozialen Auswirkungen der nächtlichen Razzien in den Armenvierteln der Städte machte *Hector Jacob*, ehemaliger Chef der Carabineros, aufmerksam. Polizei und Armee hielten die Armen von vorneherein für verdächtiger als andere Leute. Die jahrelange Praxis der Überfälle auf ganze Randviertel demoralisiere die dort lebende arme Bevölkerung und mache sie schließlich zu Asozialen.

Pressefreiheit mit Bedacht

In krassem Widerspruch zu den brutalen Einschüchterungs- und Unterdrückungsmethoden, die das Regime gegen die Bevölkerung glaubt einsetzen zu müssen, steht nach wie vor die für eine Diktatur relativ große Pressefreiheit. In den Buchhandlungen Santiagos sind derzeit u. a. ausgestellt: „Nein zu Pinochet“ (Leitartikel aus der oppositionellen Zeitschrift „Análisis“), „Lebendig verbrannt“, ein Bericht der Journalistin *Patricia Verdugo* über den oben erwähnten Brandanschlag, und „Verfolgung der Kirche in Chile – Martyrologium 1973 bis 1986“. Der Autor, *Jaime Escobar*, kommt darin zu dem Schluß, daß das Militärregime eine „systematische“

Politik gegen die Interessen der armen Bevölkerungsschichten verfolge. Dieser liberale Umgang mit Oppositionsliteratur ist jedoch nicht neu und zeugt von dem nüchternen Realitäts-sinn des Regimes. Bücher sind in Chile heute so teuer wie in kaum einem anderen Land der Welt; wer regimekritische Bücher kauft und liest, gehört zu einer kleinen Minderheit und sowieso zur Opposition. Das gilt auch für die teilweise schonungslos kritischen chilenischen Zeitschriften, die allerdings von Zeit zu Zeit

verboten werden. Die Massenpresse und vor allem das Fernsehen sind dagegen so fest in staatlicher Hand oder unter staatlicher Aufsicht, daß Kardinal Silva im Dezember erklärte, von Pressefreiheit in Chile könne nicht die Rede sein. Die katholische Zeitschrift „Mensaje“ versuche durch konsequente Informationsarbeit, dieses Defizit aufzuholen, und leiste „hervorragende Arbeit“. „Mensaje“ ist eine der wenigen Publikationen, die wiederholt die Frage nach der Unabhängigkeit der chilenischen Ge-

richte gestellt haben und über die willkürliche Verfahrensweise insbesondere der Militärgerichtsbarkeit berichten, der die meisten „politischen“ Fälle übergeben werden. Der Chefredakteur des Blattes, *Renato Hévía SJ*, wurde Ende 1985 vorübergehend verhaftet, die Zeitschrift kann aber derzeit ungehindert arbeiten und erscheinen. Das nur selektive Vorgehen gegen Presseorgane zeigt ebenso wie die um Prestigeverlust unbekümmerte Repressionspolitik, wie sicher sich das Regime seiner Sache ist. G. B.

Signale vom Wähler

Was bedeutet das Ergebnis der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag?

Als „wahlhistorisch bemerkenswert“ bezeichnete das Godesberger Infas-Institut in seiner am Tag nach der Wahl üblichen Wählerwanderungsanalyse das Bundestagswahlresultat vom 25. Januar. Das gleiche Institut deutet Schwierigkeiten an, „das Ungewöhnliche am Ereignis zu beschreiben und die allseitige Überraschung zu begründen“. Andere, der Union nahestehende Analytiker warnen vor „Überinterpretationen“, wenigstens was das Unionsergebnis betraf und sprachen von „Rückkehr zur Normalität“ und von „langfristig betrachtet keineswegs besonders auffälligen Entwicklungen“. Einzelne unionsinterne Kritiker, vor allem solche aus dem dritten und vierten Glied, mahnten freilich energisch „Selbstprüfung“ an und vermuteten langfristig ein Abrutschen der Union an oder unter die 40%-Grenze, wenn es ihr in der kommenden Legislaturperiode nicht gelinge, ihre Politik glaubhaft zu machen, das parteiinterne Reformpotential zu mobilisieren und ihr Profil angesichts veränderter Wert- und Politikvorstellungen, vor allem in der jungen Generation, deutlich zu machen. Der Bundeskanzler selbst, die personelle Verkörperung des wohl „bittersten Sieges der Union“ seit 1969 schien in der Tendenz von diesen internen Kritikern nicht weit weg zu sein, als er noch am Wahlabend Nachdenklichkeit verbreitete und darüber räsonierte, daß mit wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen und einem halbwegs sanierten Haushalt Wahlen nicht mehr zu gewinnen seien, denn, so der Kanzler, im Neckarraum z. B. stehe wirtschaftlich nun wirklich alles zum besten und dennoch habe die Union gerade dort hohe Verluste hinnehmen müssen.

Andere im Unionslager machten es sich allerdings leichter. So der landesbezogene „verlustreichste“ Ministerpräsident: 5,3 Prozent verlor die CDU in Baden-Württemberg. *Lothar Späth* aber behalt sich mit der schlichten

Feststellung: bei den nächsten Landtagswahlen werde seine Partei einen Großteil der Verluste schon wieder zurückholen; er z. B. sei diesmal überhaupt nicht zur Wahl gestanden. Späth wurde unter den unionseigenen Vereinfachern nur noch von seinem rheinisch-westfälischen Präsidiumskollegen *Kurt H. Biedenkopf* übertroffen, der im schlechtesten Unionsergebnis in Nordrhein-Westfalen seit 1969 – nur das Ergebnis der Brandt-Wahl von 1972 und das der Strauß-Wahl von 1980 war für die Union mit dem diesjährigen Ergebnis in Nordrhein-Westfalen einigermaßen vergleichbar – zusammen mit dem der FDP eine „gute Grundlage für eine strukturelle Mehrheit“ von CDU und FDP bei den nächsten nordrhein-westfälischen Landtagswahlen 1990 sah – zum nicht geringen Erstaunen seiner Mitpräsidenten in Nordrhein-Westfalen und im Bund.

Die *SPD* hinwiederum – der scheinbar kleinere Verlierer – schien zunächst ganz auf eine Interpretation des Ergebnisses aus ihrer Sicht zu verzichten; überdeckte sie durch für die Partei kaum hilfreiche Personaldebatten oder trat mit ebenso eindeutigen wie ungeschützten Öffnungsavancen gegenüber den Grünen die politische Flucht nach vorne an.

Die Demoskopien lagen nicht falsch

Sie hatten es alle nicht leicht, das Ergebnis vom 25. Januar zu erklären und einzuordnen, das sich im Verhältnis von Erwartung und Wirklichkeit tatsächlich ein wenig skurril ausnahm, oder dieses gar politisch zu gewichten. Auch die politischen Meinungsführer nicht. Sie griffen ebenso ungeniert zu „Schuldzuweisungen“, um die klaffende Lücke zwischen Voraussicht und Ergebnis zu schließen, wie Spitzenpolitiker bei den Verliererpar-